

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

162 (5.4.1919) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitens größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Bezugs-Preise:

Einzelnummer	10 Pf.
3 Monate	3.00
6 Monate	5.50
1 Jahr	10.00

Verlag: Badische Presse, Karlsruhe, Postfach 1000.
 Druck: Carl Neumann, Karlsruhe, Postfach 1000.

Staatentum und Verlag von Carl Neumann.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Carl Neumann.
 Redaktions-Bureau: Carl Neumann, Karlsruhe, Postfach 1000.

Dr. 162. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Samstag den 5. April 1919. Telefon: Redaktion Nr. 309. 35. Jahrgang.

Aus der politischen Werkstatt in Weimar.

Von Friedrich Weinhausen, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Deutsche Nationalversammlung in Weimar hat sich aus Mangel an vorbereiteten Stoff für die Plenarverhandlungen wieder ermaten auf 1½ Woche vertagt. Der Vertagungsbeschluss ist von allen Parteien, mit Ausnahme der Rechten, einmütig gut geheßen worden, weil es keinen Zweck hat, 400 Abgeordnete zusammenzubringen, wenn keine dringlichen Aufgaben der Erledigung harren. Für den Fall, daß die politische Hochpannung dieser Tage ein plötzliches Zusammenbrechen der Nationalversammlung erforderlich machen sollte, sind alle Vorbereitungen getroffen. Es bleiben auch mehrere große Anträge, in denen die führenden parlamentarischen Parteien tätig sind, und insbesondere der Verfassungsausschuß während der Vertagung bestimmen, so daß bei Wobertretungen jederzeit die Möglichkeit einer Beratung der Reichsregierung durch die maßgebenden Parteiführer besteht. Der Präsident der Nationalversammlung bleibt ebenfalls über die Vertagung in Weimar. Tugend eines Gefährdung der nationalpolitischen Interessen durch die Vertagung ist also ausgeschlossen.

Den Mitgliedern der Nationalversammlung war eine Erholungs-woche sehr zu gönnen, denn in Weimar ist in den beiden verfloßenen Monaten auf einem Eifer und einem Pflichtgefühl gearbeitet worden, wie wohl selten früher in einem Parlament. Die Fülle der neu auf-tauchenden Aufgaben, die Tragweite der neu zu schaffenden Gesetze, die politische Gesamtlage und der Verkehr mit den Freunden erforderte die dauernde Anspannung aller Kräfte. Es kam hinzu, daß die Deutsche Nationalversammlung in ihrer weit überwiegenden Mehrheit aus Mitgliedern besteht, die zum ersten Male ins Parlament gewählt sind und deshalb mit einem unerbrauchten Eifer an die Arbeit gingen. So nur war es möglich und erklärlich, daß an vielen Tagen die Abgeordneten aller Parteien von früh morgens bis spät in die Nacht hinein in Fraktions-sitzungen, Plenarverhandlungen und Ausschußberatungen ununterbrochen tätig sein konnten. Mehr als einmal konnte man von parlamentarischen Neulingen hören, daß sie die verfloßenen Wochen zu den geistig anstrengendsten ihres ganzen Lebens rechneten. Das große Publikum erfährt von dieser Überanstrengung der Abgeordneten nur wenig. Es sieht bloß die stark zusammengepackten Berichte über die Plenarverhandlungen und die Tagesblätter der Ausschußberatungen und glaubt, daß darin schon die ganze Tätigkeit der Volksvertreter erschöpfend wiedergegeben sei. Doch kommt, daß die Zeitungen wegen der Papiernot alle Berichte so kurz als möglich halten müssen, und daß die großen politischen Ereignisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die wichtigsten Verhandlungen einzelner Landesparlamente, die gleichzeitig tagen, das Interesse für Weimar noch erheblich beeinträchtigen. So nur wird es verständlich, daß das Urteil über die Arbeit der Nationalversammlung in Weimar der Wichtigkeit und dem Umfang der hier geleisteten Arbeit keineswegs gerecht wird.

Gerade eben ist die Hauptaufgabe der Deutschen Nationalversammlung, die Schaffung einer neuen Verfassung, an einem bestimmten Werkstein angelangt. Der Abschnitt über das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten ist im Verfassungsausschuß in erster Lesung durchberaten und erledigt worden. Der Aufhebeschritt nach sich von den Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren, kaum eine richtige Vorstellung. Die widerstrebenden Interessen der Antikarrieren und der Partikularisten, die auseinandergehenden Ansichten der einzelstaatlichen Regierungen und der Reichsregierung, die Pläne, die auf unveränderte Erhaltung des alten Staatsgefüges ausgehen und die eine Zerlegung der alten Einzelstaaten nach Stammes-gemeinschaften erstrebten, alle in eine gemeinsame Formel zu bringen, welche mehr oder minder sämtlichen Befürwortern genem ist; das war eine Riesenaufgabe. Sie ist in 16 Sitzungen gelöst worden, denen zahllose Einzelkonferenzen zwischen den Wortführern der verschiedenen Ansichten vorausgingen oder folgten. Die Beschlüsse, die aus diesem Durcheinander der Meinungen zustande gekommen sind, dürften freilich noch nicht als endgültig angesehen werden; man wird in zweiter Lesung noch vieles ändern. Aber die Grundlinien sind doch nunmehr feststehend und klar vorherzeichnet, und die Neuregelung ist in einer Weise erfolgt, die keine Verbilligung bei denen zurückläßt, die nicht alle ihre Wünsche erfüllt sehen.

Zweifellos war dieser Teil der Verfassung der bedeutsamste und schwierigste. Wenn sich jetzt die Ausschubarbeit den Abschnitt über die Grundrechte zuwendet, so wird es auch dort noch starke Meinungsverschiedenheiten geben. Aber da handelt es sich um zwei der Über-schrift „Grundrechte“ doch mehr oder minder um Zwedmäßigkeitsfragen. Die Grundrechte des Reichsbürgers sind so zahlreich und in ihrer Bewertung so verschiedenartig, daß es ohnedies von vornherein ausgeschlossen erscheint, sie reiflos und allgemein befristend ge-flecht zu ammenzufassen. Es werden hier mehr als sonst bei der Verfassungsaufgabe Kompromisse geschlossen werden müssen.

Ein Hauptbestreben, das neben der Förderung der Verfassung herauf, ist jetzt das, eine engere Verbindung zwischen Reichsregierung und Parlament zu schaffen. Es hat sich bei den verschiedenen Gelegenheiten herausgestellt, daß das notwendige enge Verhältnis zwischen beiden Körperschaften noch nicht vorhanden ist. Es war im letzten Reichstag in den letzten Monaten vor Ausbruch der Revolution dadurch hergestellt worden, daß die Mehrheitsparteien einen inter-fraktionellen Ausschuß gebildet hatten, der mit der Reichsregierung in Weimar gemeinsam beriet. Diese bewährte Einrichtung ist jedoch manchen Fehler in der parlamentarischen Regie und manche Ver-säumnisse der Reichsregierung in der äußeren Aufmachung zu vermeiden.

Gleichzeitig sind Verhandlungen im Gang, um der auswärtigen Politik die maßgebende Stelle in der parlamentarischen Behandlung fernzusprechen muß. Früher wurde die auswärtige Politik als Geheim-nis der Innere betrieben. In Zukunft soll sie in gleichem Maße, wie gleichberechtigte Angelegenheit der Volksvertretung sein. Zu diesem Zweck soll ein förmlicher Parlamentsausschuß für auswärtige Politik eingerichtet werden. Die Nationalversammlung als solche und später der Reichstag wird damit die Verantwortung auch für die auswärtige Politik übernehmen und es wird gleichzeitig möglich sein, was bis jetzt noch ausgeschlossen war, daß eine größere Zahl von Parlamentari-ern an dem schwerigen und weiten Gebiet der auswärtigen An-gelegenheiten einarbeiten und wirklich selbständig mit entschei-

Wenn keine besonderen Zwischenfälle eintreten, wird die National-versammlung etwa zum 10. April wieder in Weimar zusammentreten,

um den Haushaltsplan zu beraten. Man hofft, diese Aufgabe etwa in vier Tagen zu bewältigen; dann würden die Osterferien für etwa 2½ Woche beginnen. Aber natürlich können diese Pläne durch den Gang der Friedensverhandlungen plötzlich umgestürzt werden. In der Jetztzeit vermag ja die Volksvertretung überhaupt nicht für längere Zeit im Voraus ihre Dispositionen zu treffen. Die Hauptarbeit der Nationalversammlung, die Schaffung einer neuen Verfassung, dürfte aber voraussichtlich, auch wenn keine großen Störungen eintreten sollten, frühestens zu Pfingsten beendet werden. Daß vorher die Nationalversammlung noch nach Berlin zurückkehrt, gilt als sehr unwahrscheinlich.

Die Gliedstaaten und das Reich.

WTB Stuttgart, 5. April. Die am 29. März in Stuttgart ver-gammelten Vertreter der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen haben sich mit den Beschlüssen des Verfassungsaus-schusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung über das Verhältnis des Reichs zu den Gliedstaaten befaßt. Sie lesen in diesen Beschlüssen, soweit sie von der Regierungsvorlage abweichen, eine Uebersetzung des Einheitsgedankens und einer ernsten Gefahr für die Erhaltung des eigenen Lebens der Gliedstaaten. Die Be-schlüsse sind in der Notwendigkeit, eine starke Reichsgewalt zu schaffen, in keiner Weise begründet, sie sind vielmehr geeignet, dieselbe zu untergraben, da sie die Kraft der Gliedstaaten, aus denen das Reich besteht, schwächen und ihre treuhändige Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches lähmen. Aus diesen Gründen müssen die unterzeichneten Regierungen fordern, daß zum mindesten in den folgenden Punkten die Beschlüsse des Verfassungsausschusses abgeändert werden.

1. Die Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches darf nur auf dem Wege der Verfassungsänderung erfolgen. Absatz 1 des Artikels 27 Ia nach dem Beschlusse des Verfassungsausschusses in Nummer 27 der Druckfäden des 8. Ausschusses ist daher zu streichen. 2. Die Aus-dehnung der Reichsgewalt über die Regierungsvorlage des Artikels 14 des Entwurfs hinaus wird abgelehnt. 3. Für die Stellenbesetzung in der unmittelbaren Reichsverwaltung muß eine ver-fassungsmäßige Gewähr dafür geschaffen werden, daß hinsichtlich der in den Gliedstaaten tätigen Beamten die Berufung von Landes-angehörigen die Regel bilden soll und Ausnahmen der Zustimmung des Gliedstaates bedürfen. 4. Gegen die nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses zu erwartende Verstärkung des preußischen Ueberrichtsamtes im Reichsrate haben die unterzeichneten Regierungen schwere Bedenken. 5. Die Verfügung über eigene Einnahmestellen bleibt die Voraussetzung für das wirtschaftliche und kulturelle Fort-bleben der Einzelstaaten. Die Einkommensteuer muß daher den Einzelstaaten verbleiben, wobei jedoch das Recht des Reiches, Zu-schläge bei den Einkommen über 100 000 Mark zu erheben, vorbe-halten wird.

Ferner muß an allen übrigen Reichssteuern den Einzelstaaten ein angemessener Anteil zugewährt werden. Die unterzeichneten Re-gierungen halten die unergiebige Aufstellung eines Gesamtpro-gramms über die Möglichkeit der Deckung des künftigen Bedarfs der öffentlichen Verbände — des Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunalverbände — die Einleitung von Verhandlungen hierüber und die Abhandlung des Reiches vor weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der direkten Steuern bis zum Abschluß dieser Verhandlungen für geboten. Sie schließen sich in dieser Rich-tung dem Schreiben des preussischen Finanzministers an den Reichs-finanzminister vom 19. März 1918 S. 3. 491 an.

6. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchs-steuern, muß den Einzelstaaten, die darauf Gewicht legen, belassen werden. Der Artikel 115 der Regierungsvorlage ist daher wiederher-zustellen. 7. Die Aufstellung von Grundsteuern für die Zukunft ist als Erhebungsart von Landes- und Kommunalabgaben nach dem Reich nur in den Schranken zugelassen werden, daß Schädigungen der Einnahmen oder der auswärtigen Handelsbeziehungen des Reiches verhindert, sowie im inneren Verkehr Doppelbesteuerungen, fer-ner Benachteiligungen der eingeführten Waren gegenüber den eigenen Erzeugnissen und Ausfuhrprämien ausgeschlossen werden. 8. Gegen den Beschlusse des Verfassungsausschusses, wonach die Neubildung von Ländern aus einem Gliedstaat oder die Abtrennung von Gebietsstellen eines Gliedstaates durch einfaches Reichsgesetz, auch gegen den Willen des betreffenden Gliedstaates soll erfolgen können, muß entschiedener Widerspruch erhoben werden.

Für Bayern Hoffmann, Ministerpräsident, für Württemberg Bloß, Ministerpräsident, für Baden Geiß, Ministerpräsident, für Hessen Mi-trich, Ministerpräsident.

Volkssozialismus und Presse.

— Karlsruhe, 5. April. Die Nürnberger „Frankische Tagespost“, deren Leiter der bekannte Wirtschaftswissenschaftler und politisch-radikale Sozialdemokrat Adolf Baum ist, beschäftigt sich mit den Probleme und Widrigkeiten des so plötzlich aufgeauchten und von der U. S. P. auf den Schild erhobenen neuen Leiters des bayerischen Zentralwirtschaftsamtes, Dr. Otto Neurath und den Hoffnungen, die an seine „Volkssozialismus“ vielfach geknüpft werden. Das Blatt, das gewiß nicht im Verdacht stehen kann, selbst radikaler Sozialis-tens, wofür sie nur durchführbar und förderlich wäre, zu wider-streben, erhebt mahnend und warnend seine Stimme, um Falschwege und Enttäuschungen wenn irgend möglich zu verhindern. Es schreibt dabei u. a.:

„Wenn man den Bericht der „Korrespondenz Hoffmann“ über die Rede des Herrn Dr. Neurath über die Sozialisierung der Presse liest, so kann man sich dem Gefühl nicht entschlagen, daß er sich auf einem durchaus fremden Gebiete bewegt und den Mangel seiner Sachkunde auf diesem Gebiete durch viele und große Worte zu er-sehen sucht.“

„Kongruenzierung der Betriebe muß erreicht und eine fortge-schrittene Einheitlichkeit der Produktion gegeben sein, wenn man mit Erfolg sozialisieren will, wenn man die Widerstände nicht ins Un-gemessene steigen und den Erfolg nicht in Frage stellen will. Man wird dort sozialisieren, wo man am wenigsten mannigfache Interessen verlegt, wo die Zahl der in ihnen privaten Vorzügen und Begünstigungen Geschädigten verhältnismäßig gering ist. Deshalb sozialisiert man dort am liebsten und frühesten, wo Kartelle, Syndikate und Trusts die privaten Unternehmer schon zum größten Teil ausgeschaltet haben und wo die Einheitlichkeit des Produkts die Schwierigkeit der Ueber-nahme erleichtert. Deshalb kann man die elektrische Kraft, Berg-werte, Stättenwerte verhältnismäßig leicht sozialisieren, wenn der Zu-stand der Unternehmungen und die technische Entwicklung und die sonstigen Produktionsbedingungen die Sozialisierung nicht erschweren.“

„Es gibt aber in der ganzen Produktion nichts Mannigfaltigeres als das Zeitungswesen. Man denke an die große mannigfaltige Presse, an die kleinen Dorfzeitungen, an die zahlreichen Spielarten zwischen diesen beiden Gegenständen. Man erwäge die Kombination

der Zeitungen, die Druckereien, auch mit Werk- und Stein-druckereien. Man denke an die Verschiedenartigkeit der Auflagen der Zeitungen, des Papierverbrauchs, an die mannigfaltigen Betriebsmethoden, man halte sich vor allem vor Augen, daß jede Zeitung entsprechend ihrem Abnehmerkreis eine Individualität bildet mit ganz eigenartigen Zu-sammenhängen von Leserkreis und Zeitungsproduzenten. Das tritt vor allem aber nicht allein in Erscheinung durch die verschiedenen politischen Standpunkte der Presse.“

„Dieses Gebiet ist, auch wenn wir von allen politischen Erwä-gungen ganz absehen, das für die Sozialisierung am wenigsten reife Gebiet. Freilich sind uns die Probleme der Presse nicht so fremd wie Herrn Professor Neurath. Nicht nur als Zeitungsschachman, son-dern auch als Politiker, vor allem als sozialistischer Politiker, der Herr Professor Neurath erst seit wenigen Wochen ist, muß man seine Pläne sehr bedenklich finden. ... So kommen zu allem Mißtrauen gegen das bürokratische Vorgehen auf einem für die Sozialisierung durch-aus ungeeigneten Gebiete noch eine Fülle von politischen Beden-kenheiten gegen die ersten Schritte des jüngsten Propheten der „Volkssozialisierung“.“

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Auf dem Wege zum Frieden.

WTB Paris, 5. April. In diplomatischen Situationen, Bericht heißt es, daß sich in unterrichteten Kreisen immer mehr die Meinung festsetze, daß der Blerettat in kurzem zu endgültigen Be-schlüssen kommen werde. Man weist darauf hin, daß Wilson sich einem Washingtoner Meldung zufolge, nach dem 20. April nach den Be-zichtigten Staaten einschiffen will. So kann damit gerechnet werden, daß der Friede bis Oskern gerettet sei. Bereits scheint die deutsche französische Grenzfrage geregelt zu sein und es steht nur noch die Frage der Adriaküste offen, aber auch hier dürfte eine Lösung rasch erfolgen.

Dann blüht nur noch das Entschädigungsproblem zu lösen. Hier herrscht aber von jeher eine Unstimmigkeit. Aber Frankreich hält sich auf sein gutes Recht und sei fest entschlossen, von Deutschland die Wiedergutmachung der erlittenen Schäden zu verlangen. Dieses Ar-gument komme zur Geltung und die Meinungsverschiedenheit ver-mindert sich. An dem Tage, wo auch hier Einstimmigkeit herrsche, werde man nicht mehr weit vom Vorfrieden entfernt sein.

Lloyd George über das englisch-französische Verhältnis.

WTB Paris, 5. April. (Ag. Han.) Einem Berichte des „Petit Parisien“ zufolge gab Lloyd George folgende Erklärung ab: „Es ist dringend notwendig, über die gegenwärtigen Be-ziehungen zwischen Frankreich und England Unklarheiten zu ver-meiden. Nichts ist gefährlicher als die Verbreitung irrtümlicher Nachrichten, die die Köpfe aufregen, die Atmosphäre vergiften, und was um jeden Preis vermieden werden sollte. Mißverständnisse zwi-schen Frankreich und England aufkommen zu lassen, ist für die Uebel-zustände, wenn man ihm von Unstimmigkeiten zwischen den bei-den Ländern spricht.“

Aus der aufrichtig geführten Diskussion ergab sich völlige Ueber-einstimmung. Lloyd George versicherte lebhaft, daß die Ueber-einstimmung zwischen Frankreich und England immer vorhanden war. Englische Truppen seien nicht nach Frankreich gekommen und England habe nicht die großen Opfer gebracht, um Frankreich das eine Mal von den deutschen Truppen zu befreien, sondern es für immer vor einer solchen Invasion zu schützen. Frankreich und England blieben brüderlich vereint.

Die Verhandlungen der Finanzkommissionen.

WTB. Pont Saint Nazeres, 5. April. Die Mitglieder der Fi-nanzkommission des Obersten interalliierten Rates und die deutschen Delegierten der Finanzkommission setzten am Freitag nachmittag im Schloße Willette ihre Arbeiten fort. Was jetzt werden nur technische Fragen betr. die Ausführung der Entscheidungen der Brüsseler Kon-ferenz behandelt. Die nächste Zusammenkunft findet voraussichtlich am Sonntag statt.

Zu Wilsons Erklärung.

TU. Aus dem Haag, 5. April. (Privat.) Präsident Wilson ist, wie schon gemeldet, sehr erkrankt, und mußte gestern nachmittag das Bett hüten. Die amerikanischen Ärzte stellten bei ihm Symptome einer großen Ermattung fest als Folge der schweren Kämpfe, die er während der letzten Wochen durchzu-machen hatte.

WTB. Paris, 5. April. Präsident Wilson verbrachte eine gute Nacht. Oberst House wird ihn im Blerettat vertreten. Dieser tagt übrigens in der Wohnung des Präsidenten Wil-son, sobald man in dringlichen Fällen den Präsidenten zu Rate ziehen kann.

König Albert bei Wilson.

WTB. Paris, 5. April. (Savas.) Der König der Belgier begab sich gestern vormittag in Begleitung des Ministers des Außen, Othman, zu Wilson, wo er Unterredungen mit den Chefs der Regierungen über belgische Fragen hatte.

Belgien und Holland.

D. Haag, 5. April. (Privat.) Die Gesandten Frank-reichs und Englands haben der holländischen Regierung mit-geteilt, daß der Oberste Rat der Alliierten den Entschluß ge-faßt habe, zu einer Revision der Verträge von 1839 über die Neutralität Belgiens zu schreiten und daß Holland seinerseits Vertreter zur Diskussion dieser Frage ernennen solle.

Zur Lage im Osten.

Aus Schlesien.

o. Basel, 4. April. (Privat.) Nach einer Meldung der „Volks-Zentralagent.“ wird der polnischen Presse von angeblich unterrichteter Seite aus Oberschlesien mitgeteilt, daß in Schlesien das Material aller Art, Waggons, Lokomotiven, sowie Lebensmittel rasch so-gekauft werden. Nicht nur die preussische Regierung, sondern auch die Großgrundbesitzer und die Großindustriellen machen sich damit zu schaffen. In den Fabriken werden wertvolle Stücke von Maschinen, sowie Instrumente von Wichtigkeit weggeschafft.

o. Basel, 5. April. (Priv.) Das „Tagesblatt Preßbüro“ meldet aus Brünn: An der schlesischen Grenze wird eine beunruhigende militärische Tätigkeit Preußens wahrgenommen. Sämtliche Ueber-deutende Streitkräfte sind zwischen Ziegenhals und Reize konzentriert. Die schlesische Grenzbevölkerung befürchtet einen preussischen Einfall.

Dom Schauplatz des Bolschewismus.

Drohende Unruhen in Wien?

Sch. Wien, 5. April. (Privat.) Für morgen sind hier Unruhen zu befürchten. Zahlreiche Kommunisten aus Ungarn bewegen sich in den Straßen. Die Volkswehr ist bereits gestern zum Teil mit roten Fahnen aufmarschiert. Die Regierung hat weitgehende Vorsichtsmaßnahmen getroffen, verfügt aber nicht über genügend zuverlässige Truppen, um im Ernstfälle mit der nötigen Energie einschreiten zu können.

Die neuen Ereignisse in Ungarn.

WTB. Budapest, 5. April. (Ang. Tel.-Büro.) Eine Regierungsverordnung verkündigt, die Bergarbeiter dürfen ihre Arbeitsstellen nicht verlassen und in die rote Armee eintreten. Urlaub werde nur zur Verrichtung von Landarbeiten und in besonderen Fällen durch den Betriebsleiter bzw. den Revolutionskommissar erteilt. Zuwiderhandelnde werden vor das Revolutionstribunal gestellt.

Odesja von den Bolschewisten belagert.

WTB. Bern, 5. April. Nach Lpener Mitteilungen lauten die letzten Nachrichten aus der Ukraine für die Entente nicht günstig. Die Bolschewisten haben die Belagerung von Odesja begonnen.

Die Gesehnisse im Reich.

Eine Militärrevolte?

WTB. Berlin, 4. April. In mehreren Städten wurde in der letzten Zeit der Versuch gemacht, militärische Formationen für eine im April vorzunehmende Militärrevolte zum Zwecke des Sturzes der Regierung, der Eröffnung der Nationalversammlung und Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Versprechungen statt, an denen neben Soldaten Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten teilnahmen.

In erster Linie sollten die Soldaten des Magdeburger 4. Armeekorps, dessen Zentralrat an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die Regimenter des letzten Armeekorps liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht, die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt. Die vorhandene Unzufriedenheit wollten verwerfliche politische Drahtzieher ausnützen, indem sie den politisch und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten Harzreden hielten, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das wirkte bis zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl Soldaten, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt wurde.

Nachdem in Magdeburg der Plan erörtert worden war, wurde in den letzten Tagen von Verschwörern in Berlin bei den Truppenteilen der Versuch gemacht, sie zur Teilnahme an dem Handreich zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in den Hauptzügen bekannt. Für alle Fälle traf der Reichsminister als Oberkommandierender Vorkehrungen, durch die gewährleistet wird, daß jeder Erhebungsversuch auf das nachdrücklichste unterdrückt werden kann.

Der Arbeiterrat in Halle gesprengt.

WTB. Halle a. d. S., 5. April. Der große Arbeiterrat in Halle a. d. S. wurde gestern durch Unabhängige gesprengt und durch ein Schreiben des Merseburger Bezirksarbeiterrates für aufgelöst erklärt, da angeblich die geheime Wahl bei der Arbeiterratswahl nicht gewährt worden sei. Die Mehrheit des großen Arbeiterrates habe gegen dieses Verfahren die Entscheidung des Zentralrates in Berlin angeregt.

Zur Lage im Ruhrrevier.

WTB. Bochum, 5. April. (Priv.) Die Lage im Ruhrrevier ist immer noch die gleiche. Unter dem größten Teil der Arbeiter besteht Arbeitslosigkeit, jedoch werden sie an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert. Infolge des Streits mühten inzwischen einige Betriebe des Bochumer Bezeins und der Bismarckhütte Hülfskräfte zu gewinnen. Eine in Essen abgehaltene Konferenz der Bergarbeiter erklärte, den alten Bergarbeiterverband nicht mehr anzuerkennen zu wollen. Maßgebend für sie sei lediglich die Reuerekommission, die die oberste Streitleitung sei.

Der Abwehrstreik in Stuttgart beendet.

WTB. Stuttgart, 5. April. Der bürgerliche Abwehrstreik ist für beendet erklärt worden. Die Tageszeitungen sind heute wieder erschienen, doch ruht der Verkehr noch.

Die Lebensmittelversorgung.

Neue Erschwerung der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

WTB. Berlin, 5. April. (Privat.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sind in Süddeutschland und in Amerika große Arbeiterunruhen ausgebrochen, durch die auch die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Frage gestellt ist.

Prob- und Kohlenversorgung für Deutschland.

WTB. Wien, 4. April. Die Nationalversammlung nahm ein Gesetz an betreffend eine besondere Brotauslage im Jahre 1919. Danach

haben die Grundbesitzer sowie die Ökonomiebetriebe zur teilweisen Deckung der durch die Getreidebeschaffung aus dem Ausland erwachsenden Kosten Beiträge zu leisten.

Staatssekretär Berdil gab eine Darlegung der von der Regierung zur wirksamen Bekämpfung der aus der Kohlennot drohenden Gefahren unternommenen Schritte und berichtete über seine Verhandlungen in Berlin und Weimar. Er stellte mit Befriedigung fest, daß die deutschen Reichsstellen ihre Zusagen sofort verwirklicht. Die vereinbarten Kohlenmengen würden nicht nur täglich in vollem Maße zur Verfügung gebracht, sondern sogar übererfüllt. (Beifall.) Der Staatssekretär sprach dem Reichspräsidenten Oberst, dem deutschen Reichsminister und dem Reichsminister für ihr besonderes Engagement dankbar, in der sich auch Deutschland befindet, den warmsten Dank der deutsch-österreichischen Regierung aus.

Die Ereignisse in Bayern.

Bayern vor der Ausrufung der Räterepublik.

WTB. München, 5. April. (Privat.) Die politische Lage in München hat plötzlich eine scharfe Zuspitzung im Sinne der Ausrufung der Räterepublik erfahren. In der gestern in später Abendstunde abgehaltenen Sitzung des Zentralrates, in der, wie schon gemeldet, bekanntgegeben wurde, daß der Landtag am 8. April nicht zusammenzutreten darf, kündigte der Vorsitzende des Zentralrates Niekisch die Ausrufung der bayerischen Räterepublik an. Der Landtag werde niemals wieder zusammengetreten. Ein anderer Redner vom Zentralrat bezeugte als Aufgabener der nächsten Tage die Befreiung der Parteien, die Einigung des gesamten Proletariats, den Generallstreik und die Ausrufung der Räterepublik, sowie die Verbrüderung mit den ungarischen und den russischen Proletariern.

Die Versammlung wurde aufgefordert, in den kommenden nächsten Tagen und Stunden die Ruhe und Ordnung zu bewahren und geschlossen vorzugehen. Die Menge ging auseinander unter Schreien auf die bayerische Räterepublik und die Diktatur des Proletariats.

Die Münchener Garnison hat beschlossen, für den Landtag keine Schutzmaßnahmen zu ergreifen und im Falle des Generallstreiks mit den Arbeitern zu sympathisieren. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde das Landtagsgebäude von landtagsgegnerischer Seite mit Maschinengewehren angegriffen. Die bei den Angriffen mitgeführten, befindet sich der bayerische Ministerpräsident Hoffmann in Berlin. Der bayerische Gesandte in Berlin habe erklärt, die Lage sei sehr ernst.

Seit, Sonnabend früh, gab der Zentralrat durch Maueranschläge bekannt, daß alle Arbeiter, Angestellten und Beamten aus den Betrieben, Werkstätten und Delegierten aller Verbände heute vormittag 10 Uhr zur Versammlung der politischen Lage sich zu versammeln hätten.

WTB. München, 5. April. In einer gestern vom Zentralrat einberufenen Versammlung im Löwenbräukeller erklärte Dr. Wadler, die Aufgabe der nächsten Tage und Stunden heiße: Befreiung der Parteien, Einigung des gesamten Proletariats, Generallstreik, Ausrufung der Räterepublik und Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat. Diese Erklärungen wurden von der Mehrheit einstimmig begrüßt.

Der Vorsitzende des Zentralrates Niekisch betonte, daß das nordbayerische Proletariat den Vorsehrungsbestrebungen des nordbayerischen Kapitalismus einen Stachel durch die Ausrufung der Räterepublik in ganz Deutschland vorzubilden wolle und den Ausbruch der Räterepublik zur Folge haben. Der Zentralrat habe für heute vormittag die gesamte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenauschüsse sowie die Betriebsräte und die Delegierten aller Verbände zu einer großen Versammlung im Hofbräuhaus aufgerufen, in der die politische Lage erörtert werden würde.

— München, 5. April. Gestern nachmittag wurde das Landtagsgebäude von Anhängern der Räte mit Maschinengewehren besetzt. Niemand erklärt Zutritt. Für die Wiedereinberufung des Landtags erklärt die Garnison München keine Schutzmaßnahmen zu treffen. Diese Tatsache bedeutet entscheidende Schritte auf dem Wege zur Räterepublik. Die Kommunisten Münchens erklären ihre Solidarität mit der ungarischen und Sowjetrepublik. Es fragt sich, ob man den Landtag in eine nordbayerische Stadt einberufen wird. Die Ausrufung der Räterepublik ist sehr groß. (B. 3.)

Badische Chronik.

— Karlsruhe, 5. April. Auf Grund der in der Zeit vom 21. bis 29. März 1919 abgehaltenen Gewerbeschwerprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden: Fritz Karl von Freiburg, Günter Christian von Karlsruhe, Geiger Heinrich von Durlach, Kleinbusch Otto von Wolfach, Degle Otto von Singen a. S., Vorhies Ernst von Berlin, Niekisch Erwin von Laufen (O.-A. Wollingen), Roth Rudolf von Karlsruhe, Schmidt Berthold von Karlsruhe.

— Karlsruhe, 4. April. Im Disziplinärhof des hiesigen Hauptbahnhofes ist eine Zweigstelle der Generaldirektion der Eisenbahnen in Elzsh-Lothringen unter der Firma „Reichseisenbahnzweigstelle Karlsruhe (Baden)“ eingerichtet worden, die ihre Tätigkeit inzwischen aufgenommen hat. Der Zweigstelle obliegt die Bearbeitung aller Angelegenheiten, die mit der Abfertigung der Reichseisenbahn-

beamten und Arbeiter deutscher Abstammung aus Elzsh-Lothringen mit ihrer künftigen endgültigen Unterbringung und mit der Regelung ihrer Gehalts- und sonstigen Ansprüche zusammenhängen.

— Mannheim, 4. April. Der Stadtrat brachte den Mitgliedern des Kollegiums, den Herren Anton Geiß und Adam Kemmele, anlässlich ihrer Wahl zum Staatspräsidenten und Minister des Innern die herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck. — Ferner erklärte sich Stadtrat auf eine Anfrage des Ministeriums des Innern bereit, Mannheimer Kinder 5 Wochen lang zur Erholung in der Schweiz unterzubringen und von den dadurch entstehenden Kosten nach Francs täglich für das Kind ein Drittel auf städtische Mittel zu übernehmen. Je ein weiteres Drittel der Kosten wird voraussichtlich vom Reich und Staat getragen werden.

— Mannheim, 3. April. Im Auftrage des Kommandeurs neutralen Zone V in Karlsruhe ist das Bezirkskommando Mannheim (früher Stabskommando) beauftragt, die Pässegenimmungen den Straßenverkehr Mannheim-Ludwigshafen und für Reisen das besetzte Gebiet über Ludwigshafen bei den französischen Behörden zu beantragen. Alle Gesuche sind daher an das Bezirkskommando Mannheim zu richten. Für den Passverkehr sind bestimmte Vorschriften maßgebend. Da durch die Sperrung der Grenze von der französischen Behörde nicht bearbeitet worden sind, hat sich eine große Anzahl von Gesuchen angehäuft, daß erst in einem Zeitraum von 14 Tagen wieder normalen Passverkehr eingeleitet sein wird.

— Mannheim, 4. April. Zur Herstellung einer unmittelbaren Straßenbahnverbindung zwischen den Bahnhöfen Mannheim und Ludwigshafen soll nun die am 26. Mai 1914 vom Bürgerausschuß genehmigte Straßenbahnlinie raschnmöglichst durchgeführt werden. Die Linie soll durch die Schloßpartiestraße, also hinter dem Schloß führen werden; sie konnte bisher nicht ausgeführt werden, da seitdem erhoben worden war. Die Ausführungsarbeiten werden in Angriff genommen, sobald feststeht, daß die Kleinbrücke für den Straßenverkehr wieder geöffnet sein wird und Reich und Staat den Zuschuß zu Ueberführung von 300 000 Mk. gewähren.

— Oeffersheim, 4. April. In unserer Gemeinde steht ein inoffizieller Projekt in Aussicht. Der Bürgermeister Koppert, dem die Idee in einer öffentlichen Versammlung der Vorkurs gemacht worden ist, für die allgemeine Versorgung bestimmte Lebensmittel zu haben, hat gegen die Beschuldiger den Klageweg beschritten.

— Heilbronn, 4. April. Nächsten Montag feiert Oberrealsschule Adolf Wang seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar stammt aus Karlsruhe a. d. Neckar. Nachdem er bereits im Lehramt war, bildete er durch Studium an der techn. Hochschule namentlich auf astronomische Gebiete fort und schuf astronomische Lehrmittel, die allgemeine Anerkennung fanden. Auch sonst hat sich Wang mannigfaltige Verdienste erworben und als gemeinnütziger Bürger erwiesen.

— Aus dem Bezirk Heilbronn, 5. April. Wie im ganzen Land läßt auch im Lingau seit einiger Zeit der Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, teilweise an Offiziere, Doktoren usw. Es ist zu vermelden für die Bauern. Die kleinen Zeitungen sind von Kaufgeboten von landwirtschaftlichen Anwesen in der Bobberg gegend. Es sind auch Fälle bekannt, wo die Käufer aus der Stadt die Zuschauhandler — meist Schleichhändler — machen an Stadt. Auf diese Weise gehen aber viele, jezt spärlich gewordene Lebensmittel der Allgemeinheit verloren.

Vom Landesfeuerwehrverband.

Sch. Karlsruhe, 4. April. Der Badische Landesfeuerwehrverband stellt an das Ministerium des Innern den Antrag, daselbe in die zu schaffende neue Gemeindeordnung eine Bestimmung anzufügen, wonach die Gemeinden verpflichtet werden, alle Einwohner, die über die Pflicht- oder freiwilligen Feuerwehr beizutreten sind, mitzuarbeiten haben. Personen, die aus irgend einem Grunde der tätigen Mitarbeit entzogen werden, sind zur Zahlung von besonderen Geldbeiträgen zur Anschaffung von Löschgeräten und Löscheinrichtungen zu verpflichten, weibliche Personen nicht ausgenommen.

Vergründet wird dieser Antrag damit, daß es in Feuerwehren freilich ein Mißstand best. als ein Unrecht empfunden wird, zahlreiche Personen angeblich aufgrund ihres Berufes vom aktiven Feuerwehrdienst und auch von jeder besonderen finanziellen Unterstützung der öffentlichen Feuerlöscheinrichtungen entzogen sind, während andere Einwohner gezwungen sind, nicht nur ihre Person, sondern auch ihre Mitwirkung zur Verfügung zu stellen, sondern auch in der Leistung herangezogen werden wie diejenigen Einwohner, welche in die Pflicht- oder freiwilligen Feuerwehr nach bestehenden Bestimmungen einbezogen werden können. Neu wäre diese Maßnahme, während in Würtemberg eine derartige Einrichtung längst bestehen soll.

Briefkasten.

Sch. 100. 1. In die badischen Freiwilligen-Bataillone werden die Jahrgänge von 23-36 Jahren eingezogen. Beim Grenzschutz ist eine Ausnahme nicht geltend, jedoch muß der betreffende Frontdiensthabende während des Krieges einer ständigen Truppe angehört haben. Angehörigen eines verstorbenen aktiven Soldaten kann, wenn der Besten vorliegt, für die Witwe 8 A und für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahr 3 A monatlich gewährt werden. (88)

S. R. Die Festsetzung des Lebenslohns, bei Beendigung, richtet sich bei freier Vereinbarung der Vertragsparteien. Bei der Regel besteht das Lebensgehör des Vermögens seinen Lebensunterhalt in gesunden und freien Jahren. Witwe und Ehemann sind, je nach den Umständen, Aufnahme von Hausarbeit oder Vorbehalten von bestimmten Grundbesitz durch Rechtsanwält und notarielle Beurkundung des Vermögens im miteiligen Fall erforderlich. (81)

Die südlich des Brenner nicht dazu gerechnet, so wäre die Einwohnerzahl Deutsch-Österreichs nur etwa 6 506 000. Demnach hat das Deutschland nach Anschließ von Deutsch-Österreich im allgeringsten Falle 70,8 Millionen Einwohner, während, wenn Deutsch-Österreich kein Friedensschluß zu Gunsten der slavischen Völker noch stattgefunden wäre, nur mit 68 Millionen Einwohnern zu rechnen ist. Der schnellste Fiktoren wurde vor ein paar Jahren von Stern im Sternbild des Ophiuchus in der Milchstraße entdeckt. röstliche Stern neuerer Größe ist inzwischen auf der russischen Hemisphäre in Richtung von Dr. Kowalewsky genau untersucht worden. Nach den „Astronomischen Nachrichten“ haben wir es mit einem nahe benachbarten Himmelskörper zu tun. Seine Entfernung trägt allerdings noch 5,1 Lichtjahre, bezw. rund 50 Millionen Meilen. Dieser Wert zeigt eine bemerkenswerte Uebereinstimmung mit dem früheren Ergebnis von H. A. Russell. Die Eigenbewegung ist nahezu nach Norden gerichtet. Der Stern liegt schon in sehr geringem Winkel nord, der für das unbewaffnete Auge gerade sichtbar wird. Da der Stern uns jedoch sehr nahe liegt, so ist Linerarschwindigkeit gar nicht ungenügend. Die zweitgrößte Eigenbewegung besitzt der Stern C. 3. 5 Uhr 243 in der Malmersphäre Süd Himmel, dann folgt der schon länger bekannte Stern Gamma 1830 im Großen Bären. Hinsichtlich seiner Entfernung von uns 5,1 Lichtjahren ist der Stern der zweitgrößte. Nur Zentimeter sein allerdings 10 000 Erdabstandsmesser von ihm entfernt. gleiter am Südhimmel übertritt ihn, da er nur 4,3 Lichtjahre von uns entfernt ist. Zusammenfassend kann man sagen, daß auch der Stern den kürzlich von Wirtz-Gösgeler gefundenen Satz bestätigt, die rasch laufenden schwachen Sterne die nächste Nachbarschaft unserer Sonnensystems bilden.

Der Flug über den Ozean. Die amerikanische Marine hat in nächster Zeit einige Flugzeuge über den Atlantischen Ozean von den von der Londoner „Daily Mail“ ausgehenden Preis von 20 Pfund Sterling zu gewinnen. Drei Flugzeuge stehen zu dem Zweck in Madagaskar bereit. Sie bieten Raum für je sechs Besatzung, sind mit je drei Motoren von 1200 Pferdekraften ausgestattet und haben eine Geschwindigkeit von hundert englischen Meilen in der Stunde. Ein Landebobotschiff wurde nach New York geschickt, um dort eine Landungsstelle für die Flugzeuge ausfindig zu machen.

Kleine Zeitung.

Die Geheimnisse einer Bisfettbame. Die Tochter der 43-jährigen aus Büchel gebürtigen Verkäuferin Elise Kreis unterhielt ein Verhältnis mit einem Menschen, der schon im Zusthaus saß. Dieser Geheimnis in das familiäre Leben des Mädchens und da augenscheinlich die Mutter gegen das Verhältnis war, benutzte er die Mutter eines Tages bei der Firma Oer u. Quatellbaum, wo Frau Kreis als Bisfettbame angestellt war. Er erklärte, wenn man ihm einen Kriminalschußmann mitgebe, dann werde er ein Diebstahl ausgeben, daß man sich wundern würde. Frau Kreis war bei der Denunziation zugegen und bezeichnete den Mann als Räuber. Die in der Eisenstraße gelegene Wohnung der Frau Kreis wurde durchsucht und man fand Weine, Wäsche, Zigarren, Bonbons und viele andere Dinge, die gestohlen waren. Im Koffer verpackt lagen elf Sparschneidbücher, außerdem wurden 3058 Mark Bargeld gefunden. Die gestohlenen Sachen hatten einen Wert von 1206 Mk., die Sparschneidbücher lauteten über 56 576 Mk. Frau Kreis befand sich bei den Bahnhofrestaurationen von Oktober 1913 bis September 1915 in Stellung, wurde dann aber wegen Unregelmäßigkeiten entlassen. Auf ihre Bitte hin wurde sie im Frühjahr 1916 wieder engagiert. Sie erhielt in der ganzen Zeit ihrer Tätigkeit für den Vertrauensposten neben freier Kost und Logis dreißig Mark Monatslohn und will nie aufgebessert worden sein. Sie tat im Automatenbüffet dritter Klasse von abends acht Uhr bis nachts vier Uhr Dienst, war aber jezt oft noch zur Tageszeit im Betrieb tätig. Als Frau Kreis sich jezt vor der Strafkammer zu verantworten hatte, behauptete sie, daß sämtliche Angehörige im Restaurationsbetrieb des Hauptbahnhofs Unterschlagungen gemacht hätten, weil die Gehälter zu niedrig bemessen gewesen seien. Das Geld sei zu Tausenden eingewonnen worden und von ihr und anderen Personen in Säcken ins Büro getragen worden. Da habe sie sich jeden Tag ein paar Mark genommen. „Ich bin noch eine, die am wenigsten genommen hat“, erklärte sie. Vorhänder: „Ja, da wird nicht viel übrig geblieben sein für die Firma.“ Angekl.: „Milionen.“ Vorh.: „Das berechtigt Sie doch nicht zum Diebstahl.“ Die Angeklagte brachte dann noch allerhand Interim aus dem Betrieb vor, so daß der Kasse aus den stehengebliebenen Tafeln wieder zusammengepöckelt und den Soldaten wieder vorgelegt worden sei, daß man bei der Wäschebeschlagnahme für Restaurationsbetrie-

viel Wäsche verpackt habe usw. Herr Bahnhofrestauration Quatellbaum erklärte als Zeuge, er habe von der Angeklagten die gefundenen Waren und 30 000 M wieder erhalten und somit kein Interesse an ihrer Bestrafung. 1915 habe der Umrah 1 1/2 Millionen Mark bei der Firma getragen. Die Beschuldigte wurde wegen Antrags, Unterschlagung, Diebstahls und Hehlerei zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie viel Einwohner wird Deutschland zählen? Auf diese Frage sucht Sanitätsrat Dr. Prinsing in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ heute dies vor der endgültigen Festlegung der künftigen deutschen Grenzen möglich ist, eine Antwort zu geben. Man hat sich gewöhnt, vom „deutschen 70-Millionen-Volk“ zu sprechen. Reichsstatistiker haben in offiziellen Reden diesen Ausdruck gebraucht. Eine genauere Prüfung der Zahlen zeigt aber, daß nur im allgeringsten Falle, den besonders nach den letzten Nachrichten unsere Feinde uns nicht zugestehen wollen, eine so hohe Ziffer erreicht werden könne. Als der Krieg begann, zählte Deutschland 68 Millionen Einwohner. Bis zum 1. Januar 1919 schätzte Dr. Prinsing die Zahl der Geborenen auf 4,8 Millionen; gefallen sind 1,8 Millionen, gestorben etwa 3,5 Millionen. Dazu kommt noch die Abwanderung zahlreicher Ausländer, von denen 1910 in Deutschland 1 259 873 angewand waren; wird als Wanderungsverlust die wahrscheinlich zu kleine Zahl von 1/2 Million angenommen, so bleibt für Deutschland mit den Grenzen, die es vor dem Kriege hatte, eine Einwohnerzahl von 65 Millionen. Bringt man davon in Abzug für Elzsh-Lothringen, für die Provinz Posen ohne die deutschen Kreise und für die drei nördlichsten Kreise Schlesens zusammen 3,6 Millionen, so bleiben für Deutschland noch 61,4 Millionen Einwohner. Auch die Frage, welchen Zuwachs Deutsch-Österreich in der Zukunft, ist noch nicht endgültig zu beantworten. Im Jahre 1910 betrug die Zahl der Deutschen in Österreich im Ganzen 9 950 266. Rechnet man davon die Gebiete ab, in denen die Deutschen in geschlossener anderssprachiger Umgebung leben, so ergibt sich für Deutsch-Österreich unter Fortführung der Bevölkerungszahlen bis zum Kriegsausbruch für diesen Zeitpunkt eine Gesamtzahl von 9 238 000 Einwohnern. Als Verlust während der Kriegsjahre gehen mindestens 400 000 ab, jedoch im allgeringsten Falle Deutsch-Österreich etwa 9 Millionen Einwohner hätte. Werden Deutsch-Österreich die drei Bezirke von Oesterreichisch-Schlesien und die deutschen Tiroler Be-

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 5. April.

Verlängerung des Straßenbahnbetriebs. Nachdem die Polizeikommission und der Wirtschaftsausschuss mit Wirkung vom 1. April ds. Js. an von 10 auf 11 Uhr abends hinausgeschoben worden ist, wurde das städt. Bahnamt vom Stadtrat ermächtigt, auch den Straßenbahnbetrieb um 1 Stunde (bis 11 Uhr abends) zu verlängern.

Entlassung des Jahrgangs 1899. Das Generalkommando hat auf Antrag des 1. Bataillons, dass ein Zurückhalten von Mannschaften des Jahrgangs 99 außer derjenigen unter 24 in der Verfügung vom 24. 3. 19 aufgeführt, über die gelesenen Termine hinaus unter keinen Umständen zulässig ist. Zurückbehalten können demnach nur werden: Freiwillige des Jahrgangs 1899, die nach dem Urteil ihrer Regiments- u. Kommandeure durchaus zuverlässig, dienstwillig, sittlich und gesund sind und damit für die spätere Hebernahme in die Reichswehr in Frage kommen. Ein besonders strenger Maßstab ist anzulegen.

Veränderung des Verfahrens in Militärverorgungsachen. Bei den Oberverwaltungsämtern in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz wurde je ein besonderes Militärverwaltungsgericht errichtet. Die Zahl der als Verleger zugelassenen Verlagsberechtigten wurde für jedes Oberverwaltungsamt auf 30 festgesetzt. In der Generalversammlung der Südbadischen Gesellschaft, die dieses Tage stattfand, wurde nach längerer Beratung der beimgeleiteten Krieger durch den ersten Vorsitzenden, Dr. W. Pfeiffer, den Vorstandmitgliedern aus der Mitte der Versammlung Dank ausgesprochen für ihre erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Gesamtheit. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Dr. W. Pfeiffer, Kaufmann; 2. Vorsitzender W. Stober, Architekt; Schriftführer Dr. Lang, Druckereibesitzer; Kassier E. Reigenb. Registrator; Bibliothekar O. Wittig, Blechschmied; Beisitzer Dr. W. Bender, Redakteur; Dr. W. W. Schmidt, Maurermeister; A. Geuber, Schneidermeister; G. Heßler, Sekretär; B. Sudhoff, Fabrikant; G. Jacob, Oberfinanzsekretär; A. Rudi, Schneidermeister; Dr. Reiss, Kaufmann; J. Schmeier, Kaufmann; L. Wipfler, Kaufmann.

Naturheilverein (Vortrag Schürmeyer). Kürzlich sprach im Saal der vier Nachbarn der Bundesvorsitzende des Vereins für naturgemäße Lebens- und Heilweise über „Wie helfen wir die Wunden des Krieges?“. Eingangs betonte der Redner, daß er nicht die Heilung der Kriegsverwundeten behandeln wolle, sondern vielmehr Mittel und Wege zeigen werde, wie die Verletzten, aber durch den Krieg in ihrer Gesundheit Geschädigten, diesen Schaden wieder ausgleichen können. In jeder Hinsicht verhielt sich nun Herr Schürmeyer den Gedanken aus, nur Arbeit und nochmals Arbeit kann das deutsche Volk wieder auf die Höhe bringen. Aber diese Arbeit muß ein vollkommen gesunder, geschäftiger Körper leisten. Also müssen wir alle erst noch gesünder werden wie früher, wenn wir mehr Arbeit leisten sollen wie früher. Aber nicht beschränkte Erlasse und Befreiungen werden diese so unumgängliche Gesundung unseres Volkes herbeiführen, sondern nur die klare Einsicht jedes einzelnen und seine tätige Mitarbeit. „Ein jeder ist seines Glückes Schmied“ ist besonders auch in Bezug auf unsere Gesundheit. Nicht nur die einseitige Lebenshaltung und Lebensführung, wie sie das deutsche Volk in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte, intensive Veranschaulichung des deutschen Lebens, Entfaltung von Alkohol und Nikotin, Aufklärung über alle gesundheitlichen Fragen in den verschiedenen Volksschichten, können allein das deutsche Volk empfinden. Einige Hinweise auf die Heberkehrzeit des japanischen und des amerikanischen Volkes in Fragen der Entfaltung und auf die drei nördlichen Staaten in Fragen der Gesundheitspflege führten klar vor Augen, das das deutsche Volk von seinen Gegnern und seinen Nachbarn lernen kann, ja muß. Gesund werden und gesund bleiben als oberste Kraft, als Pflichtgefühl, heißt von jeder die Lösung für alle Deutschen werden. Der 1. Vorsitzende des Vereins für naturgemäße Lebens- und Heilweise verband mit dem Dank für die Ausführungen des Redners das Gelächter der hiesigen Ortsgruppe, mit erneuten Kräften in der dargelegten Richtung unter unseren Mitbürgern auch weiterhin zu wirken. Eine Reihe von auffälligen Vorträgen, Zusätze und Namensnennungen seien vorgelesen, im Sonnenbade sollen in Zukunft Anleitungen in Preisführungen aller Art gegeben werden.

Die altkatholische Gemeinde labet im Interimsteil zu einem Vortragabend am Sonntag, den 6. April 1919, um 8 Uhr in den Saal des „Krochobil“ ein, bei dem Herr Stadtpfarrer Kreuzer aus Freiburg über das Thema „Demokratie, Sozialismus, Völkerverband und Alt Katholizismus“ sprechen wird.

Das Colosseum, in dem über Winter erklaffte Variétésträfte ihre Künste zeigten, hat sich nunmehr das „Dengische Bauern-Ensemble“ verschrieben und damit einen sehr guten Griff getan. Das Haus ist abendlich ausverkauft und es herrscht den ganzen Abend über eine Stimmung, wie man sie sich besser gar nicht wünschen könnte. Zur Aufhebung gelangt ein derkömmlicher Schwanz von Real und Ferner, verteilt: „Der 7. Bau“. Dieser siebente Bau ist natürlich ein Mädel, aber aus Angst vor dem Loben des Vaters sagt die Hebamme das Gegenteil, worauf der Vater, dem Vater eines neuen Fremden folgend, der (damals noch regierenden) „Kini“ brieflich bittet, die Patenschaft zu übernehmen. Es ist klar, daß sich aus dem Schwindel und dessen schließlicher Lösung allerhand komische Situationen und Szenen ergeben, die das Publikum in heitere Laune versetzen und es darin bis zum Höchstmaß des Wohlbehagens erheben. Und zwar dies umso mehr, als die Darstellung sich wirklich alle Mühe gibt, dem Schwanzcharakter des Stückes gerecht zu werden. Die Hauptrollen liegen bei Michel Deng, Hans Göndt und Carl Schmitt, sowie bei Frau Anna Deng und Frieda Schmidt in den besten Händen. Vor dem letzten Akt zeigen sich Hans Reiter, Carl Holl und Paul Kiem als musikalische Terzett auf Streichmelodien. Zither und Gitarre in der alten kunstvollen Weise wie vor dem Krieg und ernten ebenfalls hübschen Beifall. Das Stück wird bis Montag gegeben. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, nachmittags wird eines der älteren Bauernstücke „Der Dorfpfarrer“ gegeben.

Der Gemeinde-Voranschlag für 1919.

Karlsruhe, 5. April. In der gestrigen Sitzung des Stadtrats wurde der Entwurf des Voranschlags der Stadt Karlsruhe für 1919 genehmigt und soll nunmehr dem Bürgerausschuss mit Antrag auf Zustimmung vorgelegt werden. Nach dem Voranschlag werden von den umlagepflichtigen Steuerwerten und Steuerzinsen erhoben:

- 45 Pfg. (gegen 37 Pfg. im Vorjahre) von 100 M Steuerwert des Vermögensvermögens und des Betriebsvermögens,
 - 22,5 Pfg. (gegen 16 Pfg. im Vorjahre) von 100 M Steuerwert des Kapitalvermögens und
 - 90 Pfg. (gegen 59,2 Pfg. im Vorjahre) von 1 M der Steuerzinsen, welche nach dem Gesetz vom 4. 9. 18 der Erhebung der staatlichen Einkommensteuer zugrunde gelegt werden.
- Die Gesamteinnahmen (ohne allgemeine Umlagen) betragen: 9 647 117 M (1918: 10 657 508 M); die Gesamtausgaben 21 707 974 M (1918: 17 856 414 M). Der ungedeckte Aufwand beträgt somit 12 060 857 M (1918: 7 198 906 M).

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Karlsruhe, 5. April. Die Tätigkeit des Wohnungsamtes hat in den letzten Monaten seit der Rückkehr des Heeres in die Heimat und infolge der damit zusammenhängenden Wohnungsnot einen erheblichen Aufschwung genommen. Durch Vermittlung des Amtes wurden an Wohnungen vermietet: im November 46, im Dezember 129, im Januar 148, im Februar 258 und im März 402. Als Folge der Vermittlungen der Wohnungen in der Stadt durch die zu diesem Zweck bestimmten Wohnungskommissionen hat sich eine große Anzahl von Hausbesitzern und Wohnungsinhabern veranlaßt

gefunden, von sich aus Notwohnungen einzurichten oder einzelne Zimmer an Wohnungssuchende abzugeben. Mit einer weiteren großen Anzahl führten Verhandlungen und Vereinbarungen durch Vermittlung des Wohnungsamtes zum Ziel.

Da nunmehr aber auch der letzte Rest aufgebraucht ist, wird unter Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zur zwangsweisen Einmietung geschritten werden müssen. Zur Begutachtung der Frage, ob im einzelnen Fall zwangsweise vorgegangen werden soll, wird eine Kommission eingesetzt, welche die einschlägigen Verhältnisse an Ort und Stelle prüfen wird.

Der Stadtrat beauftragte in seiner gestrigen Sitzung das Wohnungsamt, mit Nachdruck alle zulässigen Maßnahmen zur Befreiung der Wohnungsnot zu ergreifen. Insbesondere soll auf Abschluß der Verhandlungen mit der Militärverwaltung über die Abgabe von Baracken und Kasernen zur Unterbringung der Zivilbevölkerung gedrängt werden. Das Hochbauamt wurde beauftragt, Vorschläge zu machen zum Bau weiterer Notbaracken aus Holz, ähnlich den an der Dürmersheimer-Straße bereits erstellten. Der Bau der Kleinhäuser im Stadtteil Durlacher soll beschleunigt werden, ebenso der Bau der Häuser hinter der Tulla-Schule in der Durlacher. Neben der Bau einer Kleinhäuser-Siedlung an der Durlacher Allee soll der Bürgerausschuss in der demnächst noch stattfindenden Sitzung Beschluß fassen.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratsitzung vom 3. April 1919.

Bermögens. Nach Mitteilung des Nachlassgerichts hat der verstorbenen Fabrikant und Stadtrat Otto Müller der Stadtgemeinde Karlsruhe freiwillig die Summe von 20 000 M als „Otto und Mina Müller-Stiftung“ für das städtische Kinderheim und die Summe von 10 000 M als „Otto und Mina Müller-Stiftung“ für die städtische Handelsschule Karlsruhe — Jahreslassen — zur Ausbildung begabter, aber armer Schüler und Schülerinnen vermacht. Der Stadtrat nimmt hiernon mit Freude und Dankbarkeit Kenntnis und beschließt die Annahme dieser Vermächtnisse.

Erweiterung des städt. Rheinbades. Beim Bürgerausschuss wird die Zustimmung dazu beantragt, daß 1. der südliche Hochwasserdamm zur Erweiterung des Karlsruher Rheinbades zwischen Durlander und dem Städtischen verlegt und diese Arbeit als Notstandsarbeit ausgeschrieben; 2. das 5. Baden nach dem Entwurf des städt. Tiefbauamtes hergestellt und das zugehörige Gelände mit den erforderlichen Straßen, Gleisen, Beleuchtungen, Wasserleitungen, Entwässerungen- und sonstigen Einrichtungen versehen; 3. der Städtische Kanal vom 4. Baden bis zum Vorhafen um 60 Meter vergrößert und 4. der durch diese Bauten entstehende Aufwand im Anschlage von 2 400 000 M + 4 385 000 M + 1 430 000 M zusammen 8 215 000 M — vorbehaltlich der für die Notstandsarbeiten aus Reichs- und Staatsmitteln zu leistenden Beiträge — in den Jahren 1919/21 aus Anlehensmitteln gedeckt wird. Die Arbeiten zu Ziffer 1 sind bereits im Gange.

Unterbringung von Kindern zur Erholung auf dem Lande. Nach einer dem Ministerium des Innern zugekommenen Mitteilung des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ in Berlin, besteht die Möglichkeit, in den nächsten Monaten etwa 150 Karlsruher Kinder je 5 Wochen in der Schweiz in Kinderheimen unterzubringen. In erster Linie sollen dabei unterernährte Kriegskinder berücksichtigt werden. Die Kosten der Unterbringung sind auf 4 Franken für jedes Kind und den Tag berechnet, wovon ein Drittel auf die entsendende Gemeinde entfallen würde. Der Stadtrat erklärt sich bereit, von dem dankenswerten Anerbieten Gebrauch zu machen und ein Drittel der Kosten für die in Betracht kommenden Karlsruher Kinder auf die Stadtkasse zu übernehmen. Das Ministerium befreit sich vor, an der Gesamtzahl der auf Baden entfallenden Plätze, die zunächst auf die Gemeinden Karlsruhe und Mannheim verteilt werden, einzelne Plätze auch anderen Gemeinden zuzuwenden.

Ferner beschließt das Ministerium des Innern trotz der Schwierigkeiten, die sich der Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande (innerhalb Badens) entgegenstellen, auch im laufenden Jahre wieder mit allen Kräften zu versuchen, das für die Volksgesundheit so segensreiche Unternehmen durchzuführen. Auf seine Anfrage haben sich in dankenswerter Weise der Charitasverband, die Innere Mission und der Frauerverein bereit erklärt, sich in den Dienst der Sache zu stellen. Diesen Verbänden wird, wie bisher, die Aufgabe, die ländliche Bevölkerung für das Liebeswerk zu gewinnen und die nötigen Pflegestellen ausfindig zu machen. Die Verwaltungen der größeren Städte, die in den letzten Jahren Kinder auf das Land entsandt haben, sind vom Ministerium aufgefordert worden, über die Gesundheitsverhältnisse unter den Stadtkindern und die Wirkungen des Landaufenthaltes Material einzusenden, das den Charitativen Verbänden für ihre Verberbeitung zur Verfügung gestellt werden kann. Das Rektorat der Volksschulen berichtet hierzu, daß es während der Frühjahrs- und Sommerzeit des Jahres 1917 1751 Kinder, im Jahre 1918 nur noch 224 in einzelnen Familien zu längerem Aufenthalt unterbringen konnte. Durch die Bemühungen des Charitasverbandes wurden auf die gleiche Weise verlegt: 1917 — 2264 Kinder, 1918 — 387. Bei allen diesen Kindern, die sich der Wohlthat eines Landaufenthaltes erfreuen durften, sei es nachhaltige Wirkung fast ohne Unterbrechung festzustellen, daß sie, gesundheitslich gestärkt, in der Schule weniger verabsagen, als vorher und bessere Leistungen erzielten, als früher. Es falle gar nicht schwer, auch nicht dem Vater, die Kinder in einer Klasse herauszufinden, die bisher noch nicht auf das Land gebracht werden konnten. Dies zeigte sich ganz besonders gegen Ende des jetzigen Schuljahres, sei es, daß die Nachwirkungen der Grippe sich geltend machten, die auch unter den Volksschülern gehauft habe, sei es — und das sei wohl der Hauptgrund —, daß die Ernährungsschwierigkeiten sich häuften und die Kinder mehr und mehr unter den Folgen einer traurigen Nahrung, besonders unter dem Mangel an Fett und Milch, sowie harte der Mangelpein leiden. Erschreckend größer als im vorigen Jahre sei durchweg in allen Klassen die Zahl der Kinder mit eingefallenen, bleichen Wangen und glanzlosen Augen. Es lasse sich ohne Uebertreibung behaupten, daß unter den 40 Kindern einer Klasse, 12—15 seien, die lebend aussähen und als dringend erholungsbedürftig bezeichnet werden müssen. So müsse festgestellt werden, daß fast ein Drittel der Volksschulkinder — etwa 5000 — einer gründlichen Aufreicherung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte durch einen Landaufenthalt bedürften. Der Stadtrat überendet den Bericht dem Ministerium.

Ausdehnung der Schulpflicht für die an Ostern 1919 zur Entlassung kommenden Volksschüler. Zu einem von 3 Karlsruher Frauenorganisationen bei der gesetzgebenden Badischen National-Versammlung gestellten Antrag auf Ausdehnung der Schulpflicht für die jetzigen Schüler und Schülerinnen der obersten Volksschulklassen um ein Jahr wird dem Ministerium des Kultus und Unterrichts berichtet, daß es schon aus Mangel an den nötigen Schulräumen nicht möglich sei, die obere Klasse weiterzuführen, wenn gleichzeitig der jüngste Jahrgang an Ostern eintrete. Das erstrebte Ziel lasse sich dagegen leicht dadurch erreichen, daß das Schuljahr der Volksschule mit dem der höheren Lehranstalten übereinstimmend auf den Herbst verlegt werde. Der Stadtrat beantragt, das Schuljahr mit sofortiger Wirkung auf den Herbst, d. h. den Beginn der Schulpflicht für die Volksschule auf den September zu verlegen.

Befreiung einer Oberlehrerstelle an der Volksschule. Wegen Wiederbesetzung der durch die Zurückziehung des Oberlehrers Jakob Hüffner auf 1. Mai d. J. in Erledigung kommenden Hauptlehrerstelle an der Volksschule wird dem Kreisrat Vorlage nach Vorschlag der Schulkommission erstattet. Herr Oberlehrer Hüffner, der nach 52-jähriger Tätigkeit im badischen Schuldienst in den wohlverdienten Ruhestand tritt, spricht der Stadtrat bei diesem Anlaß für seine segensreiche Arbeit, die er während nahezu 40 Jahren im Dienste der hiesigen Volksschule — darunter 22 Jahre als Oberlehrer der Mädchenschule — und insbesondere auch seit Dezember 1907 als Mitglied der Schulkommission geleistet hat, Dank und Anerkennung aus.

Städt. Klubs. Die von der Stadt während des Krieges betriebene Klubsche makte infolge Kündigung der hierfür benutzten Räume am 1. April d. J. aufgelöst werden.

Erlös aus Eintrittskarten zum Besuche des Wildparkes. Die Generalkommission der Groß. Zivilliste hat aus dem Erlös der Gebühren für den Besuch des Wildparkes im Jahre 1918 den Betrag von 800 Mark der Wohlthätigkeitskasse zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat spricht dafür Dank aus.

Vermietung von Hofengelände. In eine hiesige Firma wurden 2000 m Hofengelände an der Südbadenerstraße zur Errichtung eines Bürogebäudes und einer Lagerhalle vermietet.

Städtischer Beitrag. Für den Verband der interkonfessionellen Fürsorgevereine (für gefallene und gefährdete Mädchen) ist infolge Annahmens seiner Ausgaben anstelle des bisherigen Zuschusses von 2000 Mark ein solcher von 4000 Mark im Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags vorgesehen worden.

Die Wirtschaft im Stadtkreis und in der Reichshalle wird mit Wirkung vom 1. Juni d. J. an den städt. Wirtschaftsinспекtor in München (Ladbach, Max Schmitz), verpaget, nachdem der bisherige Pächter das Pachterhältnis gekündigt hat.

Der Stadtrat dankt dem Deutschen Metall-Arbeiter-Verband, Verbandsstelle Karlsruhe, für die Uebernahme seines Geschäftsberichtes für 1918.

Die Lohnbewegung der Privatangestellten.

Karlsruhe, 4. April. Durch den großen Anstieg der Privatangestellten geht eine immer stärker anwachsende Bewegung, deren Ziel in erster Linie eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bildet. Wiederholt haben in den letzten Wochen die Angestellten-Ausschüsse und die Vertrauensleute der Angestellten gelangt, um in gemeinsamer Aussprache Klarheit zu schaffen und die Wünsche und Forderungen der Angestellten in bestimmte Formen zu gießen. Eine solche Versammlung fand auch am vergangenen Samstag statt; über den Verlauf derselben schreibt uns der Ortsausschuß Karlsruhe der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände folgendes:

Die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände und der weiblichen Angestellten, sowie das Ortsrat der freien Angestellten-Verbände hatten am Samstag abend in den großen Saal der Stadtverwaltung eine Versammlung sämtlicher Angestellten-Ausschüsse und der Vertrauensleute der Angestellten einberufen, die außerordentlich stark besetzt war. Der Vorsitzende des Ortsrat erteilte die Begrüßung und erläuterte kurz den Bericht über das Zustandekommen des Zusammenschlusses sämtlicher hiesigen Angestellten-Verbände bei der Durchführung der für Karlsruhe und Umgebung aufzustellenden Gehaltsstarke.

Herr Kaufmann von der Arbeitsgemeinschaft der Kaufm. Verbände leitete folgende Tarifentwürfe vor:

- a) Tarif der Kaufleute und Handelsangestellten:
 - Schrittloh im ersten Jahre erhalten 40.—
 - Schrittloh im zweiten Jahre erhalten 45.—
 - Schrittloh im dritten Jahre erhalten 50.—
- Nach Beendigung der Wehrzeit werden folgende Mindestgehälter bezahlt:
 - Kaufm. Angestellte bis zum 18. Lebensjahr 140.—
 - Kaufm. Angestellte bis zum 19. Lebensjahr 170.—
 - Kaufm. Angestellte bis zum 20. Lebensjahr 200.—
 - Kaufm. Angestellte bis zum 25. Lebensjahr 275.—
 - Kaufm. Angestellte bis zum 30. Lebensjahr 375.—
 - Kaufm. Angestellte über das 30. Lebensjahr 375.—

für Buchhalter, Korrespondenten, Expedienten Zuschlag von 25 Prozent, für fremdsprachliche Korrespondenten Zuschlag von 33 1/3 Prozent, für Angestellte in leitenden Stellen Zuschlag von monatlich 120 M. Zu familiären Gehältern kommt eine Zulage von monatlich 120 M. Bei durchgehender Arbeitszeit mit Samstagzuschlag beträgt dieselbe 42 Stunden, mit einer einzunehmenden halben Stunde Mittagspause, Nebenstunden sind zu vermeiden, sind sie ausnahmsweise einmal unabweisbar, so sind sie mit 25 Pfg. Zuschlag zu entschädigen.

Der Antrag betraf 14 Tage vom ersten Dienstlohn ab: für jedes weitere Dienstjahr werden 2 weitere Urlaubstage gewährt bis zum Höchstlohn von 4 Wochen. Kündigungen dürfen nur nach Anhörung des Angestellten-Ausschusses oder Vertrauensmannes erfolgen. Die Angestellten-Ausschüsse sind jedes Jahr neu zu wählen.

Bei drei Gehältern darf 1 Gehalt beibehalten werden, auf weitere 2 Gehältern ein weiterer Gehalt bis zum Höchstlohn von 12 Gehältern. Der Tarif geht auf 1 Jahr und hat eine 3 monatliche Kündigungsfrist. Wird er nicht genehmigt, so geht er stillschweigend auf ein weiteres Jahr u. s. f.

b) Einmalige Entschädigungssummen:

- In allen Geschäften sind den Angestellten folgende einmalige Entschädigungssummen zu zahlen:
 - 500.— M für alle Angestellten und Kriegsteilnehmer, die seit 1914 und länger im Betriebe tätig sind,
 - 400.— M für Angestellte, die seit 1915 im Betriebe tätig sind,
 - 300.— M für Angestellte, die seit 1916 im Betriebe tätig sind,
 - 200.— M für Angestellte, die seit 1917 im Betriebe tätig sind,
 - 100.— M für Angestellte, die seit 1918 im Betriebe tätig sind,
 - alle länger Beschäftigten erhalten pro Monat 10.— M.

Alle diese Forderungen werden nur für die organisierten Angestellten aufgestellt. An unorganisierte Angestellte ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, diese Höhe zu zahlen.

Der Thomas beschworerte abdaum einen Tarifentwurf für die Gehälter der Techniker, der Kling von der Vertrauensleuteverband legte einen Gehaltsentwurf vor, der sich auf den Zuschlagsverband eines Gehalts der Aufsichtsberechtigten bezog. Es zeigte sich eine einmütige Befriedigung an der Gestalt der Verkommung keine, daß die Angestellten nicht mehr getrübt sind, zu Hungerlöhnen zu arbeiten und daß die Privatbeamten aller Berufe entschlossen sind, ihre berechtigten Forderungen bis zur letzten gemeinschaftlichen Konferenz, dem Streik, durchzuführen.

Mit dem Hinweis, daß in Würde eine große öffentliche Versammlung sämtlicher Angestellten in der Reichshalle stattfinden soll, in der das Wesen der Gehaltsstarke eingehend behandelt werden wird, konnte der Vorsitzende die lebhaft verlaufene Versammlung schließen.

Karlsruher Schwurgericht.

Karlsruhe, 5. April. Die Tagesordnung des Schwurgerichts im II. Vierteljahr 1919 lautet: 1. Montag, 7. April, vormittags 9 Uhr: Siegmund, Wilhelm, Landwirt aus Frankfurt a. M. wegen Raubmord; 2. Dienstag, 8. April, vormittags 9 Uhr: Schott, Albert, früher Eisenbahnassistent aus Offenburg wegen Raubmordverbrechen; 3. Mittwoch, 9. April, vormittags 8 1/2 Uhr: Fleisch, Wilhelm, Landwirt aus Neustetten wegen Körperverletzung mit Todesfolge; 4. Mittwoch, 9. April, nachmittags 3 1/2 Uhr: Merklinger, Emil, Schreiner aus Puggendorf wegen Raubverbrechen und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz; 5. Donnerstag, 10. April, vormittags 8 1/2 Uhr: Henninger, Karl, Wilhelm, Kutscher und Fabrikarbeiter aus Weigheim, Amt Weigheim, wegen Totschlagsverbrechen; 6. Donnerstag, 10. April, nachmittags 3 1/2 Uhr: Langenbach, Robert, Kaufmann aus Bernsbach, wegen Totschlagsverbrechen.

Nipala-Fleckenwasser

ist das ideale Reinigungsmittel, beseitigt fast alle Flecken, ohne die Stoffe anzugreifen. Bewährtes Hausmittel zur Aufreicherung der Kleiderkassette. Per Flasche Mk. 2. in allen Drogerien. Chemische & Pharmazeutische Werke Mayer-Alapin, Frankfurt a. M.

Chlorodont

die bevorzugte Zahnpaste wirkt wunderbar erfrischend, macht blendend weiß. misfarbene Zähne nach kurzem Gebrauch

Seit 15 Jahren arbeiten wir um die

Mottenwürmer

im Innersten der Bekleidung von Sofas, Vorkleider etc. Federn betten, Matrasen etc. zu vernichten und ist es nun gelungen ein Verfahren darat in Anwendung zu bringen, daß die absolut unzerstörliche Bekleidung derselben samt Brut zerstört, ohne die Stoffe zu verletzen. Gegenstände sehr luftig und sehen wie neu aufgearbeitet aus. Vollständig geruchlos Verfahren. Entmottungsanstalt Anton Springer, Gillingenstr. 51, Tel. 2340.

Das Bankhaus
Veit L. Homburger, Karlsruhe
 Karlstrasse 11 Telefon 36 u. 208
 besorgt alle in das Bankfach einschlagenden
 Geschäfte.

Grosses Frühlings-Fest auf dem Meßplatz verbunden mit Volksfest vom 6. bis 13. April

Dampf- und Prachtkarusselle, Schiffschaukeln, Schiess- und Zuckerbuden, Zauber- und Illusion-Theaters, sowie Kunstausstellung, Photographie, Sport- und Erfrischungshallen u. s. w. u. s. w. Täglich geöffnet von morgens bis abends 9 Uhr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Deutsche Demokratische Partei Ortsverein Karlsruhe. Veranstaltungen in der Woche v. 6. bis 13. April. Gruppe Oststadt: Jeden Dienstag im Lebenssaal der Rekrutierung zum Baden- und Karlsruhe. Zusammenkunft mit politischer Ausrede.

Baden-Baden. Städtische Schauspiele. Nächste Neueinstudierung Samstag, den 12. April 1919 Tristan u. Isolde von Wagner. Unter Mitwirkung von Gästen. Spielleitung: Intendant Dr. Hans Waag.

Tanzlehr - Institut Herm. Vollrath Soffenstrasse 23 nächst d. Karlsruh. Einzel-Unterricht. Mittags- und Abend-Kurse. Geff. Anmeldung von 11 Uhr ab erb.

Café-Restaurant Fürstenberg Durlach Hauptstr. 52 Helles u. dunkles Bier. Prima Weine. Eigene Konditorei. Zeitgemäße Küche. Hans Seydel, Besitzer.

Badischer Kunstverein E. V. Waldstr. 3 KARLSRUHE Fernruf 26. Geöffnet Werktag von 10-1 Uhr vormittags, Sonntag u. Feiertag von 12-1 Uhr vormittags.

Kaffee Erbprinz. Jeden Sonntag von 11-1 Uhr 5920 Großes Frühstücken-Konzert Kapelle „Loretto“ die Kanone. Erbprinz-Diele Anfang 1/5 Uhr.

Weiße Schilde, sowie Gold- und Silberarbeiten werden nach jeder Größe angefertigt. Stoff und Futter ist zu stellen. Berlin nach ausw. Garant. gute Verfertigung. Hans Seifert, Seifertmeister, R. Grünwintel, Mühlb. Str. 29.

F. Burk's Spezial-Schreibschule Karlsruhe, Lossingstr. 79, 4. St. vermittelt täglich, persönlich bei freier Stundenwahl von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends oder brieflich nach allen Orten Deutschlands, unter anschließender Garantie, die schon in 3-5 Requisitionen, zu d. möglichen Honorar von Mk. 15,- eine ansehend schöne Handschrift, die man nie mehr verliert.

Vereinigte Berufsberatungstelle für Frauen und Mädchen beim Städt. Arbeitsamt Karlsruhe. Mittwoch, den 3. April, abends 8 Uhr im großen Hochhaussaal.

Bad Homburg altberühmtes Heilbad (Nagen, Darm-, Leber- u. Stoffwechsel-Krankheiten, Gicht- und Rheuma, Herzkrankheiten, Frauenleiden). Prospekt u. alle Zustulfe kostenlos durch die Kurverwaltung. neutral

Ein tüchtiger Geschäftsmann, in den best. Jahr. sucht sich mit 30-50000 Mark an realer Sache (Haus, Grundstücke) zu beteiligen. Angebote unter Nr. 310033 an die Bad. Presse.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. E. Bisher abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 430 Millionen Mark. Die beträchtlichen Überschüsse kommen anverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.

Landeskirchliche Vereinigung. Montag, den 7. April, abends 8 Uhr im großen Rathhausaal: Vorträge von Herrn Pfarrer und Universitätsprofessor Dr. Dr. F. v. Heideberg.

Dampfnot werden behoben durch Einbau der Dampfstrahl-Unterwindgebläse-Feuerung der Deutschen Evaporator-A.-G. D 1, 9 Mannheim Tel. 287.

Frühtiger Junge 18 J. Bessere Verfassung wird in liebevolle Pflege oder als Eigen abgeben. Angeb. unter Nr. 310022 an die Bad. Presse.

einigen guten Hausrumf die Flasche zu 100 Stk. reichend, kostet Mk. 15,-. Viele Anerkennungen. Robert Ruf, Eßlingen Heilber. Niederlagen: E. Dünkel, Rühl, Angartenstraße.

Altkatholische Gemeinde. Morgen Sonntag, d. 8. April, 10 1/2 Uhr abends, 11 Uhr abends, 12 Uhr abends, 1 Uhr abends, 2 Uhr abends, 3 Uhr abends, 4 Uhr abends, 5 Uhr abends, 6 Uhr abends, 7 Uhr abends, 8 Uhr abends, 9 Uhr abends, 10 Uhr abends, 11 Uhr abends, 12 Uhr abends.

Monatlich nur Mt. 3.- Victor Fleischer's Romane 6 Bände solid geb. zu Mk. 33.- Die humoristischen, dabei literarisch wertvollen Romane haben allezeit freudige Aufnahme gefunden.

Goldentel verloren beim „Röhle Kraut“ Donnerstag abend. Abzugeben geg. Belohn. 310032 Grünwintelstr. 2, II.

Ich suche Dich! Bin 29 J. a. von Beruf Kaufm. (habe beste Stellung in gr. Fabrikbetriebe), ledig, angest. Erbl. heiratsfähig, und glaube auf diesem Wege eine passende Lebenskameradin zu finden.

Verlaufen: 1 Paar (weil mit schwarzer Spitze) am 1. April 1919 abzugeben gegen eine Belohnung. 310030 Rudw. Wilhelmstr. II, v.

Wieder-Verheiratung mit hübsch. erzog. Dame, mögl. musikal., aus guter Familie in d. d. Verhältnissen in Verbindung zu treten. Strengste Diskretion ehrenpfl. angef. retour, od. ausgetauscht wird, erbeten unter Nr. 310037 an die Bad. Presse.

Verlobungskarten wird geschmackvoll angefertigt in d. Buchdruck. der „Badisch. Presse“.

Reiche Heirat erzielt man schnell durch den alt. verb. u. vorkommen 1497. Heiratsanträge: Leipzig 124. Prob. Nr. u. amtl. beglaubigte Schriftstücke sind zu 50 Pf. als Druck, 30 Pf. als Postgebühren 55391. Anfertigung in 700 Zeitungen.

Neuer Entlastungs-Ansatz (mittl. Bauhöhe) erhöhen unumstößlichen (Güterg. III, Bodg. 88). Dr. Bräuninger, Schloßplatz 19. 310794, 310795, 310796, 310797, 310798, 310799, 310800, 310801, 310802, 310803, 310804, 310805, 310806, 310807, 310808, 310809, 310810.

Heirat. Witwer, besserer Stand, verwerf. fäh. 40 Jahre, 2 Kinder, 14 u. 15 Jahre, 4000 Mk. Vermögen u. ein Einkommen von 4000 Mk. sucht eine Kräftein oder Witwe ohne Kinder vom Lande mit etwas Vermögen kennen zu lernen. Angebote unter 310056 an die Bad. Presse.

Bäckerei zu badischen Leuten. 2000 Mark gegen hohen Zins sofort zu leihen gesucht, evtl. Beteiligung an Fabrikbetriebe. Angebote unter Nr. 310038 an die Bad. Presse erbeten.

Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916
Abteilung Inland m. b. H. MANNHEIM.

Oeffentliche Kundmachung!

A. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Preisausschusses vom 11. März 1919. Der Preisausschuss beschließt:

I. Die Bundesrats-Verordnung vom 24. Oktober 1918 hat die Preise für den Tabak der Ernte 1918 bestimmt und zwar für Vorbruch, Sandblatt und Haupttabak im Rahmen von M. 120.— bis M. 200.—.

Innerhalb dieses Rahmens setzte dann der Preisausschuss am 31. Oktober 1918 die örtlichen Preise für die einzelnen Anbaubezirke fest, änderte sie dann am 19. Dezember 1918 in der Weise ab, dass sie sich nur zwischen M. 120.— bis M. 155.— bewegten.

Die Festsetzung der örtlichen Preise im Rahmen von M. 120.— bis M. 155.— war das Ergebnis lange Zeit dauernder Verhandlungen.

Das Reichswirtschaftsamt selber machte den Vorschlag, so die Preise festzusetzen, die Vertreter der badischen Landwirtschaft und ihre berufene Führerin, die badische Landwirtschaftskammer, erklärte sich ausdrücklich damit einverstanden.

Der Beschluss des Preisausschusses wurde einstimmig von den Vertretern der Pflanzler und des Tabakhandels und -Gewerbes gefasst und ihm steht beiden Vertreter-Gruppen das gleiche Stimmrecht zu.

II. Die Preise werden auch allen Pflanzern, die ihren Tabak bereits abgeliefert haben, bewilligt und ihnen der Unterschied zwischen den alten und neuen Preisen nachvergütet.

III. Mit diesem Beschlusse erwartet der Preisausschuss, dass die Pflanzler, die noch nicht abgeliefert haben, auf dem Gebiete des Tabakverkehrs zur Ordnung und zum Rechte zurückkehren und insbesondere den zurückbehaltene Tabak sofort abliefern.

IV. Die Preise werden auch allen Pflanzern, die ihren Tabak bereits abgeliefert haben, bewilligt und ihnen der Unterschied zwischen den alten und neuen Preisen nachvergütet.

Mannheim, den 11. März 1919.

Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916

Abteilung Inland m. b. H. Solz 3864a Vortmann.

Siracke'sche Reformschule Blaubeuren bei Ulm (Württemberg). Erste Reformschule Württembergs. Altbekanntes, erfolgreiches Institut.

Kunststickerschule des Badischen Frauenvereins. Am 28. April beginnen die beiden Kurse: 1. Großer Kurs berufliche Ausbildung für Kunststickerinnen.

Hans-Thoma-Straße 2. Der Vorstand. Eb. Dabagogium Godesberg a. d. Sieg. Der Unterricht wird in beiden Richtungen, Godesberg im Norden, Godesberg im Süden, abgehalten.

Handelschule Kirchheim-Teck (1862 gegr. Privatschule) (Württemberg) mit rascher u. erfolgreicher Vorbereitung auf das Einjährigen-Examen.

Eriedr. Amolsch, Karlsruhe Vorholzstraße 24, Tel. 2481. Gas-Wasser-Bade-Klosettanlagen Reparaturen 1496 Neuanlagen

Max Strauss, Karlsruhe i. B. Rollbahnen, Kippwagen etc. Ersatzteile zu Rollbahnen. Baumaschinen. 865

Für Gartenbesitzer! Alle Gemüse-Sämereien (auch Erbsen, Bohnen und Stangenbohnen zur Saat) liefert in bekannter nur zuverlässiger, feinstmöglicher Qualität.

Heimburgs Romane. Endlich können wir wieder liefern! Über 1 Million Bde. verkauft, 2 Folgen je 4 starke Bde. schon gebunden.

Freiwillige vor! Meldet Euch bei den Formationen des Generalkommandos Lüttrich. BEDINGUNGEN: Mobile Wohnung und mobile freie Verpflegung.

Landeshüßeng-Korps Berlin B. 50. Landesjäger-Korps Berlin-Stettin. Garde-Kavallerie-Schützen-Division Berlin B. Antikfordamm 21. Deutsche Schütz-Division Berlin-Stettin.

Der Werbe-Verbindungsoffizier des Generalkommandos Lüttrich in Baden. Karlsruhe, Generalkommando, Hans Thomast. 19. Zimmer 21. Telefon Karlsruhe 5510-5517.

Maschinenöl Lederöl Zylinderöl Lederfett Cons. Maschinenfett Wagenfett Treibriemenwachs Huffett

Schöffler & Wörner, Badische Gummi- und Packungs-Industrie. Telefon 3021 Karlsruhe i. B. Amalienstr. 15.

Heimburgs Romane. Statt 28⁶⁰ nur 4⁰⁰ Monatlich sofort bar. Sofort bestellen da nur kleine Vorräte u. Nachdruck infolge Papiernot unmöglich.

Grosse Auswahl in Schlafzimmer Mahagoni, Eiche, Nubbaum. Speise- u. Herrenzimmer, Küchen. Vorteilhafte Preise! Möbelhaus Maier Weinheimer Karlsruhe 32 Kronenstr. 32

Erfindungen Umzüge Patent-Bureau. Gebrauchsmust. Warenzeichen. H. Haller. Leopoldstr. 10, Pforzheim.

Kohlenherde, Gasherde, Ofen, Waschkessel, Bügelbrenner. in großer Auswahl. Ernst Marx, Rutenstraße 58.

Damen finden liebevolle Aufnahme. brau Wahn, Hebbama Mannheim, Keplerstr. 19. TIP die neue elektrische Taschens-Lampel.

Bestellschein. Ich bestelle hiermit bei der Pestalozzi-Buchhandlung Zinke & Co., Halle 4, Saale Heimburgs Romane.

